
Irakrieg als Fanal: Abkehr von der fossilen Abhängigkeit?

Von SUSANNE GÖTZE

An vier Sonntagen im November und Dezember 1973 verstummte in der Bundesrepublik der Verkehr. Menschen fuhrten mit dem Fahrrad über die Autobahn, Kinder sausten per Kettcar und auf Rollschuhen über die leeren Pisten. Im Ruhrgebiet flanieren Familien mit Kinderwagen dort, wo sonst Dauerstau herrschte. Weiter südlich ging es auf Langlaufskiern über Fernstraßen, durch Innenstädte trabten Reiter.

Journalisten berichteten damals von einer regelrechten Volksfeststimmung in Westdeutschland. Was wie der Traum von Klimaaktivisten klingt, war die Folge eines Ölembargos. Verhängt hatten es arabische Ölstaaten als Reaktion auf die westliche Unterstützung Israels im Jom-Kippur-Krieg. In der Folge vervierfachte sich der Ölpreis, es kam zu einer weltweiten Rezession. Auch den Bundesbürgern wurde damals schlagartig klar, wie abhängig Westeuropa von Öl aus dem Nahen Osten war.

Das ist über fünfzig Jahre her. Gelernt haben Deutschland und Europa wenig daraus. Über 95 Prozent der Autos fahren hierzulande mit Benzin und Diesel, insgesamt deckt Deutschland immer noch fast 80 Prozent seines Primärenergiebedarfs mit Öl, Gas und Kohle. Davon müssen über 90 Prozent aus anderen Ländern importiert werden. Seit Jahren warnt die Internationale Energieagentur (IEA) vor einem Szenario wie jenem, das sich seit dem 28. Februar am Persischen Golf entfaltet. Die Organisation wurde 1974 als Antwort auf die erste Ölkrise gegründet. Man hätte ihre Berichte genauer lesen sollen.

Nun aber wächst sich der Irakrieg gerade zu einer Triplekrise aus: einem Öl-, Gas- und Nahrungsmittelschock. »Wir erleben hier die größte Energiekrise der bisherigen Weltgeschichte. Die Produktions- und Lieferausfälle bei Erdöl, Erdgas und Produkten wie Treibstoffen sind größer als die Ausfälle in allen drei vorherigen Energiekrisen zusammen«, bilanziert der Chef der IEA, Fatih Birol.¹

Die Straße von Hormus - jene stellenweise kaum 30 Kilometer breite Passage, durch die vor dem Krieg rund ein Fünftel der weltweiten Öl- und Gaslieferungen floss - ist seit Wochen weitgehend blockiert. Und selbst wenn sich die Lage alsbald entspannen sollte, Schiffe wieder fahren können und es keine neuen militärischen Angriffe gibt,

werden die Folgen noch lange zu spüren sein. Iranische Drohnen haben Flüssiggasanlagen der Golfstaaten angegriffen und teilweise zerstört. Mindestens 80 Energieanlagen im Nahen Osten sind beschädigt worden, ein Drittel davon schwer oder sehr schwer: Ölfelder, Raffinerien, LNG-Terminals, Pipelines. Es könnte Jahre dauern, sie wieder aufzubauen. Schon jetzt haben auf dem Weltmarkt wochenlang Millionen Barrel Öl gefehlt. Die Preise für Öl und Gas erreichten Rekordhöhen. Zudem sind wichtige Exportgüter aus den Golfstaaten knapp geworden, vor allem Düngemittel. Eine globale Nah-

SUSANNE GÖTZE, geb. 1980 in Berlin, ist Historikerin, Buchautorin sowie Redakteurin im Hauptstadtbüro des »Spiegel«.

¹ »Deutschland sollte über ein Tempolimit auf Autobahnen nachdenken«, [spiegel.de](https://www.spiegel.de), 10.4.2026.

rungsmittelkrise droht. Der Irankrieg hat damit auch das Grundvertrauen in fossile Lieferketten erschüttert. Was jahrzehntelang als sicher galt, ist nun risikobehaftet. Es ist nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine 2022 die zweite große Energiekrise in wenigen Jahren.

Energiequellen sind das Lebenselixier jeder Volkswirtschaft. Wieso, das fragen sich daher immer mehr Länder, die Öl und Gas importieren müssen, sollte man sich weiterhin so abhängig machen von Lieferungen, die im Ernstfall teuer und knapp werden könnten? Und warum sollten Regierungen die Wut der Wählerinnen und Wähler riskieren, wenn tanken, heizen oder kühlen zum Luxus wird? Je länger es

Nils Gilman spricht bereits von einem »ökologischen Kalten Krieg«: die »Achse der Petrostaaten« unter US-amerikanisch-russischer Führung gegen den chinesisch-geführten »Block der Elektrostaaten«. ² Und auch IEA-Chef Biral glaubt: »So hart diese Krise uns alle trifft: Womöglich leitet sie ein neues Kapitel der globalen Energiewirtschaft ein.« ³

Wer zahlt – und wer kassiert

Kurzfristig jedoch ist die Energiekrise für viele Menschen weltweit eine Katastrophe. In Bangladesch und Pakistan wird Erdgas für die Industrie bereits rationiert. Indische Straßenhändler können sich keine Gasflaschen mehr zum Kochen kaufen und steigen wieder auf Holz um. Und in tropischen Ländern schalten Menschen die kühlenden Klimaanlage aus. Besonders in Asien können sich Millionen Menschen grundlegende Nahrungsmittel nicht mehr leisten, Importe verteuern sich für viele afrikanische Länder, es droht der Verlust von Millionen Arbeitsplätzen in Schwellen- und Entwicklungsländern.

Während Millionen Menschen unter den Preisen leiden, füllen andere ihre Kassen. US-Öl- und Gaskonzerne dürfen mit unerwarteten Zusatzgewinnen von schätzungsweise 60 Mrd. Dollar rechnen. Der Aktienkurs von Saudi Aramcos klettert trotz zwischenzeitlicher Schwankungen steil nach oben. Auch Wladimir Putin profitiert von steigenden Rohstoffpreisen und gelockerten Sanktionen. In der Krise belohnt das fossile System seine Betreiber – und bestraft alle anderen.

Für Deutschland ist es das zweite Mal innerhalb weniger Jahre, dass eine Energiekrise mit Steuergeld abgefedert werden muss. Bereits 2022/2023 hatte der Staat hierzulande rund 158 Mrd. Euro ausgegeben, um die Folgen der damaligen Gaskrise aufzufangen. Die EU insgesamt

² Nils Gilman, *Electrostates vs. Petrostates*, foreign-policy.com, 23.3.2026.

³ »Deutschland sollte über ein Tempolimit auf Autobahnen nachdenken«, a.a.O.

»In der Krise belohnt das fossile System seine Betreiber – und bestraft alle anderen.«

dauert, bis sich die Lage normalisiert, desto stärker wird die Suche nach Alternativen, etwa nach erneuerbaren Energien wie Wind und Sonne, aber auch nach Atomkraft.

Ausgerechnet Donald Trump, der den Klimawandel als »Hoax« (Lüge) abtut, könnte der globalen Energiewende damit den stärksten Impuls seit drei Jahrzehnten gegeben haben. Seine Kriegspolitik am Golf hat innerhalb weniger Wochen ein unschlagbares Argumente für die Abkehr von Öl und Gas geliefert: Fossile Brennstoffe machen abhängig – das erfährt mittlerweile jeder, der tankt, heizt oder einkauft.

Ende April treffen sich in Kolumbien rund 46 Staaten zu einer Konferenz, die sich offen dem Ausstieg aus fossilen Brennstoffen verschrieben hat – eine Agenda, die auf dem jüngsten Klimagipfel noch am Widerstand der Ölstaaten gescheitert war. Nach den Schockwellen vom Golf dürfte diese Allianz nun enormen Zulauf bekommen. Der US-Historiker

brachte dafür rund 540 Mrd. Euro auf. Doch diese Hilfen sind verpufft, es wurde damit nichts Bleibendes geschaffen. Sie flossen nicht in Windräder, nicht in Wärmepumpen, nicht in Stromnetze. Kein Staat kann sich alle paar Jahre solche Notprogramme leisten.

Asien: Abkehr von Gaskraftwerken

Einige Regierungen haben bereits verstanden, dass gerade jetzt der Klimaschutz vorgebracht werden muss. Frankreichs Premierminister Sébastien Lecornu etwa erklärte Anfang April, die Abkehr von fossilen Importen berühre die nationale Sicherheit. Paris will den Anteil fossiler Energien am Gesamtverbrauch von derzeit 60 Prozent bis 2030 auf 40 Prozent drücken – durch eine massive Elektrifizierung des Verkehrs- und Gebäudesektors. Das geht in Frankreich, weil der Strom bisher aus hochsubventionierten Atomkraftwerken kommt. Doch auch Solar- und Windparks sollen in Reaktion auf die Krise gebaut werden. Dafür wurde kurzfristig ein 240-Mio.-Euro-Paket geschnürt: 30 Mio. Euro fließen in Kaufprämien für Spediteure, die ihre Diesel-Lkw gegen elektrische Schwerlastfahrzeuge austauschen. 50 Mio. Euro gehen in 180 neue Ladestationen für elektrische Fernlaster und 80 Mio. Euro in Netzanschlüsse für die Industrie. Und 80 000 einkommensschwache Haushalte erhalten je 1000 Euro Zuschuss, um ihre Öl- oder Gasheizung durch eine Wärmepumpe zu ersetzen. Großbritanniens Wirtschaftsminister Peter Kyle forderte bereits wenige Tage nach Kriegsbeginn Ende Februar, die Anstrengungen für Wind- und Solarkraftwerke zu verdoppeln. Energiesicherheit und Energiewende, so Kyle, seien zwei Seiten derselben Medaille.

China hat bereits vor Wochen angekündigt, seine Energiewende zu beschleunigen, auch um sich von der Ölabhängigkeit zu lösen. Bis 2035 will Peking die Solar- und Windkapazitäten auf 3600 Gigawatt versechsfachen. Kaum ein Staat kommt so gut durch diese Krise wie

China: Mehr als die Hälfte aller Neuwagen fährt dort bereits elektrisch. Chinas Autofahrer trifft die Energiekrise damit weit weniger stark als hierzulande.

Auch in anderen asiatischen Ländern hat diese zweite Energiekrise innerhalb weniger Jahre dem Ruf von Flüssigerdgas als »Übergangsbrennstoff« dauerhaft geschadet. So hätten Länder wie Südkorea, Indien, die Philippinen, Thailand und Kambodscha bereits »konkrete Schritte unternommen, um den Ausbau sauberer Energie zu beschleunigen und die Abhängigkeit von importierten fossilen Brennstoffen zu verringern«, schreibt das Institut für Energiewirtschaft und Finanzanalyse (IEEFA).⁴ Besonders deutlich zeige sich das in Vietnam: Der Konzern Vin-group beantragte demnach die Streichung eines geplanten 4,8-Gigawatt-Gaskraftwerks – und will stattdessen auf Solar-, Wind- und Batteriespeicher setzen. Ausschlaggebend waren dabei nicht nur die durch den Krieg weiter gestiegenen Gaspreise, sondern auch fehlende staatliche Devisengarantien sowie ein weltweiter Mangel an Gasturbinen mit Lieferzeiten von inzwischen über sechs Jahren.

Gerade in Entwicklungsländern könnte sich so der Wandel ungemein beschleunigen. Ökonomen sprechen von »Leapfrogging« – dem Überspringen einer ganzen Entwicklungsphase. So wie viele Afrikaner einst das Festnetz ausließen und direkt ins Mobilfunkzeitalter einstiegen, könnten Länder in Afrika oder Südostasien von dreckiger Kohle direkt zu Wind- und Solarenergie übergehen – statt wie in Deutschland noch ein Gaszeitalter dazwischenzuschieben.

Dabei hilft, dass Windräder und Solarpaneele immer billiger werden und die Batterietechnik immer ausgefeilter wird. Entscheidend ist aber: Wind und Sonne muss man nicht über Weltmeere verschiffen und durch Meerengen schleusen. Die Energiewende ist damit längst kein Luxus mehr – sie ist Sicherheitspolitik. Klima-

⁴ Sam Reynolds, The Iran conflict is cutting the long-term role of LNG in Asia, ieffa.org, 15.4.2026.

schutz wird zur logischen Konsequenz des Ausstiegs aus einem fossilen System, das sich als instabil und gefährlich erwiesen hat.

Hingegen sieht die Bundesregierung bisher keinerlei Anlass, die Abhängigkeit von fossilen Importen zu senken. Statt Geld für mehr Ladesäulen, Batteriespeicher oder einen schnelleren Ausbau der Netze und des Nahverkehrs bereit zu stellen, senkt sie die Spritsteuern. Damit gaukelt sie den Autofahrern eine Normalität auf Kosten aller Steuerzahlenden vor, die

blind und taub stellen. Was, fragen sich ihre Kritiker, muss eigentlich noch passieren? Auch ohne Energiekrise machen fossile Energien politisch erpressbar und sind extrem teuer. Deutschland überweist jährlich rund 80 Mrd. Euro an ausländische Energiekonzerne für Öl, Gas und Kohle. Dieses Jahr dürften es sehr viel mehr werden.

Jedes Solarpaneel ist daher ein Stück Freiheit: Freiheit von autokratischen Lieferländern im Nahen Osten, Freiheit von dreckiger Luft und teuren Heiz- und Tankrechnungen. Wer sich selbst versorgen kann, ist in der aktuellen Energiekrise fein raus. Das hat zwar die Bundesregierung noch nicht verstanden, wohl aber haben es viele Bürgerinnen und Bürger. Die kaufen gerade massenhaft Solaranlagen, Wärmepumpen und Wallboxen - nicht, weil die Politik es empfiehlt, sondern weil das die einzig logische Konsequenz aus dem fossilen Chaos ist. Mittlerweile steigt sogar die Nachfrage nach Elektroautos sprunghaft. Allein im März waren es rund 66 Prozent mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. Ihr Anteil an allen Pkw-Neuzulassungen stieg auf 24 Prozent. Damit überholten E-Autos Pkw mit Benzinmotor, deren Absatz ebenso wie der von Dieselfahrzeugen weiter schrumpfte.

Die Menschen haben begriffen, was die Bundesregierung noch nicht aussprechen will: Die Zukunft ist elektrisch und Europa kann seine Energieversorgung nur sichern, indem es sie elektrifiziert - beim Heizen, im Verkehr und in der Industrie.

Fossile Brennstoffe machen abhängig. Das konnten die Deutschen schon an jenen stillen Sonntagen im Herbst 1973 erfahren, als sie über ihre leeren Autobahnen spazierten. Doch damals hatte man aus der Krise nicht gelernt. Seitdem hat sich die Zahl der Autos auf den Straßen fast verdreifacht und Deutschland sich wie kaum ein zweites Land abhängig von Erdgas und Erdöl gemacht. Nun wäre es höchste Zeit, das zu ändern. ◻

»Die Energiewende ist längst kein Luxus mehr – sie ist Sicherheitspolitik.«

es so nicht mehr gibt. Das dürfte die Bürger kaum dazu anhalten, weniger zu verbrauchen, und hat keinerlei Lenkungswirkung weg vom Öl.

Bundeswirtschaftsministerin Katharina Reiche hält Energiesparmaßnahmen - wie sie nach dem Beginn des Ukrainekriegs galten - für »nicht nötig«. Eine beschleunigte Energiewende als Antwort auf die Krise wird es mit Reiche nicht geben: Bei ihrer Demontage des Gebäudemodernisierungsgesetzes will sie keine Kehrtwende vollziehen. Die angekündigten Kürzungen bei der Solarförderung bleiben bestehen. Ihre Haltung gegenüber Wärmepumpen bleibt frostig.

Statt die Unabhängigkeit Deutschlands zu fördern, hält die Bundesregierung an Gas- und Ölimporten fest. Das geht sogar so weit, dass die aktuelle Energiekrise als Argument herhalten muss, Klimaschutz abzubauen - obwohl das der Ausweg aus eben den beklagten Abhängigkeiten wäre. Reiche stellt die Klimaneutralität der EU bis 2050 infrage und wettet gegen Klimaregeln wie die Senkung von Methanemissionen in der Lieferkette von Gas- und Ölkonzernen. Es ist, als würde sich die deutsche Regierung